

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 1

Hubert Forch, Walter Hirche, Willi Küpper,
Peter Waskönig und Horst Zilleßen

Forschung im Nordwesten

*Ansprachen und Vorträge zur Eröffnung einer Ausstellung
in der Oldenburgischen Landesbank*

**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
1986**



VORWORT

Wir eröffnen die *Oldenburger Universitätsreden* mit den Ansprachen und Vorträgen, die am 10. September 1986 in der Oldenburgischen Landesbank aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung *Forschung im Nordwesten* gehalten wurden.

Wir möchten diese aus aktuellem Anlaß formulierten Gedanken sowohl den Mitgliedern der Universität wie der interessierten regionalen Öffentlichkeit schnell zu gänglich machen. Sie sind einerseits Zeugnis für das gewachsene Zusammenwirken zwischen Universität und regionaler Wirtschaft, andererseits Anlaß und Anstoß, über die weitere Ausgestaltung eines eingeschlagenen Weges gemeinsam nachzudenken. Sie könnten schließlich Hilfe sein, das Bemühen von Hochschule und Region um die Absicherung der Universität Oldenburg und ihre Konsolidierung endgültig erforderlich werden zu lassen.

Diese Veröffentlichung wurde möglich durch eine großzügige und schnell gewährte Hilfe der Oldenburgischen Landesbank, für die auch an dieser Stelle herzlich gedankt werden soll.

Friedrich W. Busch

Oldenburg
29. September 1986

DR. HUBERT FORCH

SPRECHER DES VORSTANDES DER
OLDENBURGISCHEN LANDESBANK AG

Zur Eröffnung der Ausstellung

"Forschung im Nordwesten"

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

im Vorfeld dieser Veranstaltung war ich einmal dem Gedankengang ausgesetzt, wie andersartig würde sich meine Situation darstellen, wenn ich eine Ausstellung über die regionale

Forschung statt in Oldenburg in Stuttgart initiieren wollte.

Zwischen altangesehenen Universitäten und Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen der Universität und der Wirtschaft hätte sich voraussichtlich eine Fülle hochkarätiger Projekte angeboten - wahrscheinlich zuviel für die Ausstellung in einer Bank. Vielleicht sogar zu stolz die Forschenden.

Uns

führt diese Überlegung mitten hinein in unsere nordwestdeutsche Wirklichkeit, mit einer Forschungstätigkeit, - die selbst in der heimischen Wirtschaft kaum bekannt ist, - die Aufträge und Impulse eher von außen als aus der Region erhält, und

dies inmitten einer Universität, über deren Entwicklung und deren Inhalte im Umfeld aufgrund mangelnder Integration weithin falsche Vorstellungen bestehen. Aber hier gibt es deshalb keinen Grund zur Resignation und keinen Anlaß, so meine ich, zum Klagelied über regionales Unglück. Wir müssen

unsere Situation begreifen als eine ganz natürliche Entwicklung angesichts der noch jungen Forschungseinrichtungen, insbesondere der Universität Oldenburg.

Aber es wird Zeit, diese Forschungstätigkeit aus jedweder Isolation herauszuführen und herauszufordern, sie zu präsentieren und den Dialog sowie die Kooperation, insbesondere mit der heimischen Wirtschaft, ernsthaft aufzunehmen.

Wir wollen mit unserer Initiative, die neu ist für die Universität, die neu ist für die Wirtschaft, ein Zeichen setzen. Wir wollen Impulse geben. Unsere Region kann und darf nicht verzagt auf andere Gebiete schauen und nicht auf Glücksboten von außen warten. Wir wollen zeigen, daß wir wertvolle Ansätze haben und hieraus zuversichtlich die eigenen Chancen für das Weser-Ems-Gebiet entwickeln können. Hierfür zu werben ist auch ein Anliegen unserer Bank, die sich hier im Nordwesten mit 230 Niederlassungen mitverantwortlich fühlt und engagiert für eine gesunde Entwicklung einsetzen möchte. Mir ist es eine große Freude, Sie alle - meine sehr verehrten Damen, meine Herren - auch im Namen meiner Kollegen heute abend zur Eröffnung der Ausstellung "Forschung im Nordwesten" - zu dem gewünschten Dialog also - herzlich zu begrüßen.

Gestatten Sie mir, daß ich mich in der namentlichen Begrüßung angesichts so vieler Prominenz auf die Redner des heutigen Abends beschränke. Mein besonderer Gruß gilt Herrn Minister Hirche. Herr Minister, Sie haben es trotz Ihrer heutigen Bonner Verpflichtungen einrichten können, bei uns hier in Oldenburg zu sein und zu uns zu sprechen. Die Erweiterung der Aufgaben des traditionellen niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsministeriums um Aufgaben der Technologie interessiert uns im Zusammenhang mit unserem heutigen Anlaß

besonders. Herr Minister, auf Ihre späteren Ausführungen sind wir sehr gespannt.

Als Repräsentant der oldenburgischen Wirtschaft begrüße ich Sie, Herr Waskönig, als Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer ebenso herzlich und danke Ihnen dafür, daß Sie ohne Umschweife und gerne zugesagt haben, heute abend Anregungen zum Verhältnis der Wirtschaft zur Universität zu geben, ein Thema, daß - wie wir alle wissen - Ihnen persönlich und der Geschäftsführung der Kammer wichtig ist.

Für die Universität Oldenburg begrüße ich deren Präsidenten, Herrn Dr. Zilleßen, der die Initiative der Oldenburgischen Landesbank so tatkräftig unterstützend aufgegriffen hat und mit uns dieses Zeichen für die Notwendigkeit sachorientierten Zusammenwirkens gesetzt hat. Es war Ihnen in Ihrer Amtszeit als Universitätspräsident auch ein Anliegen, die Integration der Universität in die Nordwestregion zu fördern. Der Zufall will es, daß die Eröffnung dieser Ausstellung als erfreuliches Beispiel verbesserten Zusammenwirkens zwar am Schluß Ihrer Amtszeit steht, nicht aber die Beendigung des eingeschlagenen Weges bedeuten muß. In diesem Sinne wird der mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. gewählte neue Präsident der Universität Oldenburg, Herr Prof. Dr. Daxner, hier mit eingebunden. Die heute abend zu eröffnende Wanderausstellung wird neben der Universität Oldenburg von der Fachhochschule Oldenburg mitgetragen, die durch den Leiter Herrn Prof. Dr. Hoffmann vertreten ist. Herr Prof. Dr. Küpper wird aus der Sicht der Hochschule zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sprechen. Auch Ihnen gilt mein Dank für Ihre Bereitschaft, dies hier und heute zu tun.

Ihnen allen, meine verehrten Gäste, ist bekannt, daß der Wirtschaftsraum Weser-Ems, wie kaum ein anderer in der Bundesrepublik, von strukturellen Schwächen gekennzeichnet ist. Traditionell ist das Land zwischen Weser und Ems von der Landwirtschaft mitgeprägt. Sie und die sich heute um die Landwirtschaft gruppierenden Gewerbe- und Industriezweige - ich nenne hier nur die Betriebe des Nahrungs- und Genussmittelsektors - stellen auch heute noch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Nordwesten dar. Aber der Schrumpfungsprozeß, den unsere Landwirtschaft vollziehen mußte und vollziehen muß, hat dem hiesigen Raum auch Probleme aufgebürdet. Probleme bereiten aber auch andere Wirtschaftszweige, wie der maritime Wirtschaftsbereich. Fischfang, Schifffahrt und Teile des Schiffbaus werden schon seit Jahren nicht mehr von der wirtschaftlichen Lage verwöhnt. Daneben mußten in den vergangenen Jahren verlängerte Werkbänke großer Unternehmen abgebaut bzw. ihre Kapazitäten spürbar zurückgefahren werden. Darüber hinaus belastet seit einigen Jahren die Situation der hier besonders intensiv betriebenen Bauwirtschaft.

Die Folgen dieser Entwicklung drücken sich vor allem in einer besonders hohen Arbeitslosigkeit und in relativ niedriger Kaufkraft aus. Die Konjunkturverläufe sind bei uns im Weser-Ems-Gebiet zeitlich verzögert und von geringerer Intensität. Wesentliche Ursache hierfür ist die geringe Auslandsorientierung der hiesigen Unternehmen. Mehr aber noch leidet die wirtschaftliche Entwicklung bei uns daran, daß der Anteil von Unternehmen, die sich mit Produkten der Hochtechnologie befassen, einfach zu gering ist. Vor diesem Hintergrund muß es uns wichtig sein, das Gespräch mit der heimischen Forschung zu pflegen. Denn nur dort, wo dieses Gespräch gepflegt wird, ist auf die Ansiedlung zukunftssträchtiger Gewer-

betriebe, auf die Überwindung traditioneller Strukturschwächen, auf die Bekämpfung auch der Arbeitslosigkeit zu hoffen.

Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirtschaftlich verwertbare Produkte und Verfahren kann nur in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geschehen und erfolgreich sein, denn über Bedarf und Absatz entscheidet der Markt. Forschung, Entwicklung und Umsetzung sollten also im möglichst engen Zusammenwirken und unter Nutzung der jeweiligen spezifischen Stärken der beteiligten Partner in Hochschulen und Wirtschaft betrieben werden. Es wäre ein großer Erfolg, wenn es gelingt, die Ausstellung als neuerlichen Anstoß für Kontakte zwischen Wirtschaft und Forschung werden zu lassen. Kontakte, die die Grundlage für einen breit angelegten Dialog zwischen der Forschung und der Wirtschaft im Nordwesten schaffen könnten. Die Ausstellung soll aber auch das Bemühen der Region dokumentieren, ihre Probleme durch Ausschöpfung der hier vorhandenen Möglichkeiten selbst zu lösen.

Dies wird nicht, und da wende ich mich an die Politik, vollkommen und ausschließlich mit den regional zur Verfügung stehenden Ressourcen gelingen. Aber wenn wir mit guten Ideen initiativ sind und wenn wir uns zu präsentieren wissen, dann wird es an Unterstützung kaum fehlen. So soll die Ausstellung den politischen Entscheidungsträgern vor Augen führen, daß es sich lohnt, in die Forschung im Nordwesten zu investieren. Hilfe zur Selbsthilfe also, mit der aber nicht nur die regionale Wirtschaftsstruktur entsprechend verbessert werden kann. Die Intensivierung der Forschung im Nordwesten und ihre Auswirkungen dürften gleichzeitig einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zum wirtschaftlichen Ziel einer ausge-

wegenen Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes bedeuten.
Hieran sind wir alle - besonders die Menschen dieser Region -
interessiert, und hierfür wollen wir uns einsetzen.

Ich danke Ihnen.

DR. HORST ZILLEBEN

PRÄSIDENT DER UNIVERSITÄT OLDENBURG

Forschung an der Universität Oldenburg

Entwicklung und Perspektiven

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst darf ich mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, daß Sie den Weg hierher gefunden haben, daß Sie sich interessieren für die Forschung, die wir hier ausstellen. Ich tue dies zugleich auch im Namen von Herrn Prof. Hoffmann, dem Rektor der Fachhochschule Oldenburg. Wir sind sehr froh darüber, daß wir die Gelegenheit haben, die Forschung, die an unseren beiden Institutionen betrieben wird, hier präsentieren zu können. Dies, lieber Herr Dr. Forch, ist auch eines besonderen Dankes an Sie wert. Wir sind sehr froh darüber, auch für die materielle Unterstützung, die wir erfahren haben bei der Vorbereitung und bei der Durchführung einer solchen Ausstellung, die wir mit den Mitteln der Hochschule, die für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen, eigentlich nicht hätten leisten können.

Wenn ich gebeten worden bin, über Entwicklung und Perspektiven der Forschung an unserer Universität zu sprechen, so möchte ich mit einem Zitat aus Faust beginnen; und Faust paßt ja eigentlich auf alles, wie Sie wissen. "Daß ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält", ich denke, das ist Ursprung und zugleich Ziel der Forschung. "Was die Welt zusammenhält" - das meint nicht nur naturwissenschaftlich exakt zu analysierende oder zu berechnende Wirkungsmechanismen, sondern auch die geistigen Zusammenhänge und nicht zuletzt die Welt in uns, gleichsam die wissenschaftliche Spielart des Gnoti Sauton der alten Griechen. Dabei geht es zunächst und vor allem um das Wissen an sich, um das Erkennen, um das Entdecken von Wahrheiten. Daher heißt Forschung an der Universität zunächst und in der Hauptsache Grundlagenforschung. Und ich bitte um Verständnis dafür, daß ich für die Universität spreche und nicht zugleich auch die sehr stark anwendungsorientierte Forschung der Fachhochschule hier einbeziehe.

Für die Universität gilt ohne Zweifel, daß die Grundlagenforschung im Vordergrund steht und das, was wir Ihnen hier präsentieren, ist ja auch ein breiter Ausschnitt sowohl aus angewandter wie auch aus Grundlagenforschung der Universität. Ich möchte dies betonen, weil wir heute in einer Zeit leben, in der die öffentliche Aufmerksamkeit und damit auch die öffentlichen Mittel vorrangig auf die Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen gerichtet sind. "Technologie" lautet das Zauberwort des Wissenschaftspolitikers, der Gespür hat für das, was augenblicklich "dran" ist, (wobei in vielen Reden von Technologie auch dann die Rede ist, wenn Tech-

nik gemeint ist). Ich verkenne weder die Bedeutung noch die Notwendigkeit der Technik für unser tägliches Leben noch die Rolle der Technologie für die zivilisatorische Entwicklung. Wir können - nicht nur, aber auch aus ökonomischen Gründen - auf Technik ebensowenig verzichten, wie auf Technologie. Aber die Grundlagenforschung ist auch heute die Basis für jede weitere Entwicklung. Sie ist zum anderen auch deshalb hervorzuheben, weil die negativen Folgen der Technik das anfangs nahezu grenzenlose Vertrauen in ihre Wirkungskraft nachhaltig gemindert haben. Um im Bild zu bleiben: wir erleben heute die Entzauberung in Gestalt der Technologiefolgenabschätzung. Ich vermute, daß diese Entzauberung der Technologie das Gleiche bewirken wird, wie die Entmythologisierung der Theologie, die übrigens ja von dem Oldenburger Theologen Bultmann ausgegangen ist, nämlich einen fortschreitenden Prozeß der Modernisierung, durch den das Bild des Menschen und das Verständnis der menschlichen Existenz in die Entwicklungen einbezogen werden.

Technologiefolgenabschätzung bedarf der Grundlagenforschung im breitesten Sinne, d.h. der naturwissenschaftlichen ebenso wie der geistes- und sozialwissenschaftlichen. Gleiches gilt sicher auch für den Umgang mit der Technik, und daher steht in den USA nicht von ungefähr die Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften politisch wieder hoch im Kurs. Ich kann nur hoffen, daß auch die deutsche Hochschul-, Wirtschafts- und Finanzpolitik die Aktualität dieses Wissenschaftsbereiches bald wieder entdecken. Der Forschung an der Universität Oldenburg würde dies ohne Zweifel zugute kommen, denn deren Schwerpunkte liegen eindeutig im Bereich

der Grundlagenforschung. Dies war zu Beginn der universitären Entwicklung noch stärker der Fall als zum jetzigen Zeitpunkt, da die Anwendungsorientierung insbesondere in der Biologie, der Physik und der Chemie deutlich zugenommen hat.

Die Entwicklung der Forschung an unserer Universität war von Anfang an durch drei Hypothesen belastet: durch die Aufbausituation, die Integration der Pädagogischen Hochschule und ein bestimmtes Reformverständnis. Die größten Belastungen ergaben sich aus den Zwängen des Aufbaus, der enorm viel Zeit und Kraft gekostet hat von der Konzipierung und Ausformulierung von Studien-, Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen bis hin zu dem täglichen Kleinkrieg - sowohl inneruniversitär wie mit dem Ministerium - um Gelder, Räume und Personal; von dem Hin und Her um die Ausbauplanung, ganz zu schweigen. Hinzu kamen schwerwiegende Ausstattungsmängel. Erst am Wochenende habe ich mit einer Professorin unserer Universität gesprochen, die von Anfang an dabei war und berichtete, daß sie in den ersten Veranstaltungen auf dem Fußboden ihre Lehrveranstaltungen abhalten müssen, weil kein Gestühl vorhanden war. Die Probleme mit der nicht vorhandenen Literatur kamen hinzu. Diese Hypothek ist weitgehend abgetragen, der Aufbau kann im wesentlichen als abgeschlossen gelten, die Universität hat Tritt gefaßt. Freilich nicht ohne eine in diesem Zusammenhang anzumerkende spürbare "Gehbehinderung", wenn ich das einmal so sagen darf, (ich erspare mir hier, auf aktuelle Probleme der Mittel- und Raumsituation einzugehen, die aus der Tageszeitung zu entnehmen sind). Ich meine die Ausstat-

tung mit Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Bereich der Doktoranden. Sie ist schlicht katastrophal. Sie liegt zwischen einem Drittel und einem Zehntel der Ausstattung der alten niedersächsischen Hochschulen. Die Auswirkungen dieser Unterausstattung auf die Forschung waren und sind gravierend, denn die Forschung profitiert von der Kreativität und der - wegen der Qualifikationserfordernisse - besonders hohen Motivation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Welche Perspektiven die Forschung an der Universität Oldenburg haben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, daß dieses Defizit abgebaut wird. Ich begrüße es deshalb sehr und betone dies ausdrücklich, daß auf Ihre Initiative hin, Herr Minister Hirche, das Land Niedersachsen ein Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beschlossen hat. Es ist etwas klein geraten, aber ich habe die Hoffnung, und diese Bitte gebe ich Ihnen sozusagen mit, daß gerade aus diesem Programm die eklatanten Defizite der Universität Oldenburg besonders berücksichtigt und auf diese Weise allmählich tatsächlich abgebaut werden.

Daß die Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität eine Belastung für die Forschung gewesen ist, hängt mit den unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten beider Institutionen zusammen. Die Pädagogische Hochschule besaß eine eindeutige Ausrichtung auf die Lehre, ihr gegenüber hat die Forschung im Selbstverständnis vieler Hochschullehrer zurückzustehen. Es ist verständlich, denke ich, daß es einiger Zeit bedurfte, bis die durch die Eingliederung der Pädagogischen Hochschule in die Universität möglich und notwendig gewordene Umorientierung sich durchgesetzt hatte und z. B.

bei der Verteilung auch Mittel für die Zwecke der Forschung ohne große Diskussionen akzeptiert wurden. Man muß das m. E. mit in Betracht ziehen, wenn man die Forschungsleistung der Universität heute betrachtet. Rückblickend, denke ich, kann man feststellen, daß die Umorientierung auch der Mitglieder der alten Pädagogischen Hochschule in einem erstaunlichen Maß gelungen ist.

In den Anfangsjahren der Universität hat sich schließlich ein bestimmtes Reformverständnis nachteilig auf die Forschung ausgewirkt. Ausgangspunkt war die völlig richtige und in den fünfziger und sechziger Jahren auch unstrittige Auffassung, daß die Lehre an den Hochschulen reformbedürftig sei. Dies war nicht nur unstrittig, ich denke hinzufügen zu sollen, daß sie auch nach meiner Überzeugung richtig war. Viele in dieser Zeit an die Universität Oldenburg berufene Hochschullehrer haben diese Auffassung geteilt, manche so weitgehend, daß sie sich völlig oder weitgehend auf die Lehre konzentrierten, was sicher nicht zum Nachteil der Studierenden gewesen ist, aber der Forschung an unserer Universität zweifellos Potential entzogen hat. Ich sollte hinzufügen, im Hinblick auf die Zukunft hat sich aus dieser Zeit auch eine neue Perspektive ergeben, die gerade im Bereich etwa des Projekt-Studiums neue Ideen in die Forschung eingebracht hat. Das, was wir heute etwa im Bereich der regenerativen Energiequellen an Forschungsleistung vorweisen können, stammt zu einem Teil aus dieser Zeit. Heute wird man sagen, daß auch diese Phase inzwischen längst abgeschlossen ist, und es hat sich in unserer Universität in allen Fachbereichen ein ausgesprochen freundliches Forschungsklima entwickelt, das sich auf die Perspekti-

ven für die Forschung gewiß günstig auswirken wird. Lassen Sie mich eine Zahl hier nennen. Sie werden in der Broschüre, die wir heute vorlegen können, eine Reihe von Zahlen finden. Wir hatten im Jahre 1978 17 aus Drittmitteln beschäftigte Personen, im Jahre 1985 waren es bereits 58 Personen. Personen, die aus Drittmitteln, also aus Forschungsmitteln an der Universität als Wissenschaftler tätig sind. Die Entwicklungsprobleme, die ich Ihnen dargestellt habe, sollten m. E. bei der Beurteilung dessen, was wir Ihnen heute ausschnittsweise an Forschung aus der Universität Oldenburg präsentieren, Beachtung finden, sowohl bei der Einschätzung des Geleisteten wie dessen, was insbesondere im Hinblick auf die Schaffung der Forschungsvoraussetzungen noch auf die politische Tagesordnung gehört.

Sicher bleibt noch viel zu tun und noch manches Defizit auszugleichen, aber mit der weitgehenden Abtragung der genannten Hypotheken und den vorzüglichen Neubauten ergeben sich insgesamt erfreuliche Perspektiven für die Forschung an unserer Universität. Sie können weiter verbessert werden, wobei ich hier zwei Maßnahmen besonders hervorheben möchte. Die eine betrifft die Universität und die andere betrifft die Forschungsstrukturpolitik des Landes. Die Universität selbst muß unter Beibehaltung der Breite der Forschung einige wenige hochleistungsfähige Forschungsschwerpunkte setzen, mit welchen sich die Universität als Gesamtheit identifiziert und an denen sie in der Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland identifizierbar wird. Da dies Folgen für die Verteilung von Mitteln haben muß, wird daraus ein schwieriger und auch ein schmerzhafter Prozeß. Er ist aber im Interesse

der Attraktivität der Universität Oldenburg auch für künftige Studentengenerationen unausweichlich. Ich habe die Hoffnung und ich bitte darum, daß die Wirtschaft unserer Region der Universität dabei hilft, auf diesem Weg voranzukommen, gleichsam hilft, die Schmerzen etwas zu lindern.

Verbessert werden könnten zum zweiten auch die Perspektiven für die Forschung an unserer Universität durch Maßnahmen im Rahmen einer regional ausgewogeneren Forschungsstrukturpolitik. Die Forschung an den Hochschulen profitiert in der Regel sehr von dem Austausch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. - Auch im Zeitalter der Telekommunikation wirkt die räumliche Nähe außerordentlich förderlich. Umso mehr ist zu beklagen, daß alle Entscheidungen über die Ansiedlung von Forschungsinstituten außeruniversitärer Art in den letzten Jahren Oldenburg nicht berücksichtigt haben und gegenwärtig auch dann zu übergehen drohen, wenn, wie im Falle des Solarforschungsinstituts, sich Oldenburg als Standort geradezu aufdrängt. Aber der Lernfähigkeit von Politikern sind bekanntlich keine Grenzen gesetzt - hoffen wir also auch hier auf Erkenntnisfortschritte.

Meine Damen und Herren, ich schließe mit Dank. Ich schließe mit Dank einmal an unsere Pressestelle, die die Ausstellungsbroschüre vorbereitet hat, die auch sehr viel Arbeit und Zeit in diese Ausstellung investiert hat. SO etwas ist nicht möglich ohne zusätzliches Engagement, daß über die 40-Stunden-Woche hinausgeht. Ein gleicher Dank gilt auch Herrn Kruse, der in vorbildlicher Weise die Universität dabei unterstützt hat. Ich schließe mit dem Dank an die Vertreter der Region, die der Universität in den letzten Jahren nachhaltig geholfen ha-

ben, die mit dazu beigetragen haben, daß sich viele Ängste abgebaut haben, daß wir füreinander offen geworden sind. Ich bin zuversichtlich, daß diese Entwicklung von Seiten der Universität weitergehen wird. Ich bitte Sie, Ihrerseits, seitens der Region, dazu beizutragen, daß die Beziehungen zwischen Universität und Region im Interesse beider sich weiter positiv entwickeln.

DR. WILLI KÜPPER

PROFESSOR FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE

Hochschule und Wirtschaft im Nordwesten

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ziel der Hochschulgründung in Oldenburg war vorrangig, die weitere Abwanderung der Studienberechtigten aus dem Nordwestraum Niedersachsens zu verhindern, die regionale Bildungsbeteiligung insgesamt zu erhöhen und damit auch zur wirtschaftlichen Entwicklung der Nord-West-Region beizutragen. Die bisherige Entwicklung der Studentenzahlen, eine für Hochschulneugründungen überdurchschnittlich hohe Auslastungsquote sowie eine anhaltend steigende Studiennachfrage scheint eindrucksvoll zu belegen, daß dieses Ziel schon in relativ kurzer Zeit erreicht wurde. Die offensichtliche Attraktivität der Hochschule für Studienbewerber aus der Region darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor ein großer Teil der regionalen Studienberechtigten ein Studium an einer außerregionalen Hochschule aufnimmt. Gründe hierfür sind nicht zuletzt die mehrfache Reduzierung der Ausbauziele und ein - neben dem Angebotsschwerpunkt im Bereich der

Lehrerausbildung - zu enges Fächerspektrum, das außerdem teilweise unzureichend mit spezifischen Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes abgestimmt ist. Vernachlässigt man aber Qualifikationsprofile für gegenwärtige und künftige regionale Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Planung von Studiengängen, so besteht die Gefahr, daß Absolventen der Hochschule Arbeitsplätze außerhalb der Region finden müssen, sie also quasi durch ihr Studium in Oldenburg aus der Region "hinausqualifiziert" werden und damit als "Hoffnungsträger" für eine positive regionale Entwicklung verloren gehen. Für eine "strukturellschwache" Region folgt hieraus leicht ein Teufelskreis, der nur durchbrochen werden kann, wenn strukturelle Defizite längerfristig abgebaut, das regionale Entwicklungspotential und die wirtschaftsnahe Infrastruktur verbessert und damit auch Bedingungen und Anreize zur regionalen Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte geschaffen werden. Das traditionelle Instrumentarium der Regionalpolitik, vornehmlich in Form der Industrieansiedlungspolitik, konnte - wenn überhaupt - hier nur bescheidene Erfolge verbuchen. Als Alternative wird zunehmend eine innovationsorientierte Regionalpolitik zur Sicherung und Förderung des endogenen regionalen Entwicklungspotentials gefordert, eine Politik, die in erster Linie auf die Schaffung günstiger Innovationsbedingungen abzielt, um damit die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen in der Region und ihre langfristige Überlebensfähigkeit zu erhöhen. Ein solches Konzept wird sich nur dann als tragfähig erweisen, wenn die Verbände und Institutionen der Region, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Unternehmen und Hochschulen, ihre Kooperation und gemeinsamen Anstrengungen verstärken und

die regionale Wirtschafts-, Arbeitsmarkts-, Hochschul- und Forschungspolitik an einem Strang ziehen.

Regionale Öffnung der Hochschule.

Ihrer in der Grundordnung verankerten Leitidee folgend war die Universität Oldenburg von Anfang an bemüht, in ihren Lehr- und Forschungsprojekten regionale Probleme aufzugreifen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, daß eine solche regionale Öffnung der Hochschule selbstverständlich und problemlos zu erreichen ist. Gerade bei einer verstärkten Kooperation mit der regionalen Wirtschaft sind viele Hemmnisse und Widerstände zu überwinden, die nicht allein im verzögerten Hochschulausbau und mangelhafter Ressourcenausstattung der Hochschule begründet sind. Es fehlt noch an einem hinreichenden Potential von Absolventen der Hochschule in der regionalen Wirtschaft, die als Informationsträger und Transferstellen in Betracht kommen. Die bei traditionsreichen Lehrstühlen und Instituten etablierter Universitäten über lange Zeiträume gewachsenen Beziehungen lassen sich nicht kurzfristig herstellen. Neu berufene Hochschullehrer haben ihr Prestige als Fachvertreter häufig außerhalb der Region aufgebaut. Hinzu kommt, daß die überwiegend mittelständische Wirtschaft der Region andere und schwieriger zu erfüllende Kooperationsanforderungen stellt als Großunternehmen. Hier sind zum einen sozialpsychologische Barrieren zu nennen, die einer wechselseitigen Verständigungsbereitschaft entgegenstehen. Zum anderen erfordern erfolgreiche Kooperationen mit Klein- und Mittelbetrieben von vornherein eine problemorientierte, die Fachgrenzen des einzelnen Wissenschaftlers über-

schreitende Perspektive, also multi- oder interdisziplinäre Forschungsprojekte. Man trifft hier in der Regel nicht - wie in den differenzierten Fach- und Service-Abteilungen von Großunternehmen - auf Spezialisten, die die eigene Sprache sprechen.

Eine solche Ausrichtung von Forschung und Lehre stößt immer noch - gerade von Seiten der alten Universitäten mit enger Fachspezialisierung auf den Vorwurf des wissenschaftlichen Provinzialismus bis hin zum Dilettantismus. Man muß sich an dieser Stelle vergegenwärtigen, daß die verschiedenen Ansätze zur Hochschulreform in den siebziger Jahren, vornehmlich eine verstärkte Praxisorientierung, gerade aus der Kritik am mangelnden empirischen Gehalt der Wissenschaften entstanden sind und von der Einsicht getragen war, daß Forschung ohne Transfusion praktischer Problemstellungen auch theoretisch unfruchtbar wird. Kann man sich als beamteter Hochschullehrer noch mit guten Gründen über solche nicht immer wohlgemeinten Vorwürfe hinwegsetzen, so gilt das weit weniger für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den eine Ausrichtung an den Normen etablierter Universitäten und an traditionellen akademischen Gratifikationskriterien von existentieller Bedeutung ist. Hindernisse für eine regionalspezifische Praxisorientierung des Studiums können sich schließlich aus den Vorgaben staatlicher Studienreformkommissionen ergeben, wenn einer zu engen Auslegung der Forderung nach Vergleichbarkeit der Studiengangsmodelle die curriculare Berücksichtigung regionaler Bezüge zum Opfer fällt.

Faßt man diese hier nur unvollständig angedeuteten Schwierigkeiten ins Auge, so muß schon der bisherige Stand der Ko-

operationsbeziehungen zwischen Hochschule und regionaler Wirtschaft als durchaus positiv bewertet werden. Den "Gesetzen" der Gruppendynamik folgend wurde die erste Phase wechselseitiger Argwöhnung häufig nicht nur durch eine Phase wohlwollenden Schulterklopfens, sondern bereits durch konkrete Informationsbeziehungen und gemeinsame Vorhaben abgelöst. Auf die durch Presse-Veröffentlichungen bekannt werdenden Aktivitäten der universitären Arbeitsstelle "Dialog", die am Freitag dieser Woche die 3. Fachtagung "Entwicklungsaspekte für die Nordwest-Region" veranstaltet, brauche ich hier nur hinzuweisen. Weniger bekannt dürfte sein, daß seit geraumer Zeit eine Gruppe von Hochschullehrern in einem Gesprächskreis "Universität - Wirtschaft" regelmäßig Informationen, Meinungen und Anregungen mit Führungskräften und Repräsentanten der regionalen Wirtschaft austauscht. Der Wert einer solchen unmittelbaren Begegnung zwischen Theorie und Praxis für den Abbau von Vorurteilen, für die Mobilisierung von Unterstützungen sowie für die Erleichterung praxisbezogener Lehr- und Forschungsprojekte kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Den Studierenden wird hierdurch der Zugang zu Betrieben geebnet - sei es in Form von Betriebserkundungen und Praktika, sei es in Form einer betrieblichen Tätigkeit in Verbindung mit Studien- und Diplomarbeiten mit auf Praxisprobleme abgestellten Themen. Durch intensive Praxiskontakte werden persönliche Schwerpunktsetzungen im Studium erleichtert, d. h. eigene Studienzeiten können informierter, bewußter und realistischer formuliert und angestrebt werden. Nicht zu unterschätzen ist außerdem, daß hiermit zusätzliche Beschäftigungschancen in der Region eröffnet werden. In diesem Zusammenhang wird

von Absolventen der Universität immer wieder auf die Vorteile des Oldenburger Projektstudiums für eine erfolgreiche Stellensuche hingewiesen. In diesen Studienprojekten werden nicht nur Fachkompetenzen, sondern die für zukünftige Führungskräfte wesentlichen sozialen Kompetenzen sowie die Fähigkeit vermittelt, Problemlösungen in Gruppen zu erarbeiten.

Besonders begrüßenswert ist, daß regelmäßig eine Reihe von Lehraufträgen von Praktikern übernommen wird (z. B. aus den Bereichen Banken, Versicherungen, Betriebsinformatik). Hierdurch kann nicht nur das Lehrangebot sinnvoll ergänzt und erweitert, sondern auch ein notwendiger Gedankenaustausch zwischen Hochschullehrern und Praktikern vertieft werden. Die steigende Zahl solcher Lehrangebote aus der Praxis zeigt auch von dieser Seite die zunehmende Attraktivität der Hochschule für die regionale Wirtschaft. An dieser Stelle kann auch auf nennenswerte Geld- und Sachspenden aus der Wirtschaft hingewiesen werden. Bei allen Problemen, die hiermit grundsätzlich verbunden sein mögen, möchte ich für den wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fachbereich und das Institut für Betriebswirtschaftslehre hervorheben, daß uns diese Spenden die praxisnahe Einbeziehung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehre und Forschung erlaubten, lange bevor von staatlicher Seite immer noch sehr unzureichende Mittel zu diesem Zweck bereitgestellt wurden.

Auch im Bereich der beruflich-wissenschaftlichen Weiterbildung hat die Universität trotz beschränkter Mittel zahlreiche Aktivitäten entfaltet, wenn auch für gezielte Weiterbildungsangebote, besonders für die in der regionalen Wirtschaftsprä-

xis tätigen Akademiker und Führungskräfte vieles zu tun übrig bleibt. Hier geht es in Zukunft um eine gründlichere Analyse des regionalen Weiterbildungsbedarfs. Neben der Beteiligung an Praktiker-Seminaren (z. B. der IHK) sind Hochschullehrer seit Oktober vorigen Jahres gemeinsam mit Dozenten aus der Praxis an der nebenberuflichen Weiterbildung von Kaufleuten, Technikern und Ingenieuren zu Betriebswirten im Rahmen der Wirtschaftsakademie eines privaten Trägers beteiligt. Da ich selbst dieses Akademie-Studium wissenschaftlich betreue, kann ich aus eigener Erfahrung auf ein erhebliches Weiterbildungsinteresse hinweisen. Dieses Interesse kommt auch in der immer regeren Teilnahme von Praktikern an öffentlich zugänglichen oder für die Öffentlichkeit konzipierten Seminaren, Colloquien und Vortragsveranstaltungen der Hochschule zum Ausdruck, z. B. eine im vergangenen Wintersemester durchgeführte juristische Vortrags- und Diskussionsreihe, die aufgrund des großen Zuspruchs aus der Region im kommenden Wintersemester fortgeführt wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Anmerkungen zum möglichen Beitrag der Hochschulforschung für die regionale Wirtschaftsentwicklung machen. Hier gibt es bereits einige Drittmittelprojekte, die unmittelbar den Innovationsproblemen von Klein- und Mittelbetrieben gewidmet sind. Als Beispiel sei hier nur auf Projekte hingewiesen, die die Möglichkeiten neuer Informations- und Kommunikationstechnologien für diese Betriebe erschließen sollen. Im Gegensatz zu den Leistungen privater Beratungsunternehmen kann und sollte der Transfer von Forschungsergebnissen hier nur eine Hilfe zur Selbsthilfe bedeuten. Es ist verständlich, daß gerade von finanzschwachen, krisenbedrohten Unternehmen hier höhere

Erwartungen gehegt werden. Auch wenn Fördermittel vom Staat für eine direkte Kooperation von Hochschule und Unternehmen bereitgestellt werden, muß die Hochschule am Gemeinwohl orientiert bleiben, d.h. auf der öffentlichen Zugänglichkeit ihrer Forschungsergebnisse bestehen. Um gleich einen Extremfall zu nennen: Es kann in solchen Kooperationen nicht primäre Aufgabe der Hochschule sein, als Beschaffer von Fördermitteln zu fungieren und damit eine Subventionsmentalität zu stärken, wobei das "schöne" Wort Innovation nur als Aushängeschild dient.

Sie werden festgestellt haben, daß meine Ausführungen zu Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Wirtschaft im Nordwesten insgesamt von einigem Optimismus getragen waren. Um hier nicht zu Recht kritisiert zu werden, muß ich noch eine bittere Pille nachschieben. Um die zahlreichen Aufgaben einer Regionaluniversität auch als Schrittmacher für die regionale Wirtschaftsentwicklung zu erfüllen, ist eine leistungsstarke Universität erforderlich, d.h. eine Hochschule mit einem angemessenen Fächerspektrum und einer angemessenen Ressourcenausstattung. Hiervon ist die Universität insgesamt und besonders in einigen Fachbereichen noch weit entfernt, auch wenn etwa die neuen Studiengänge Informatik und Diplomkaufmann mit juristischem Schwerpunkt als wichtige Schritte nach vorne gewertet werden können. Um hier nur beispielhaft auf den akuten Notstand hinzuweisen:

In den Wirtschaftswissenschaften sind für das Wintersemester Lehrprojekte geplant, an denen jeweils etwa zweihundert Studenten teilnehmen wollen, aber sinnvollerweise nur 50 teilnehmen können. Wichtig erscheint mir für die Zukunft, daß es

bei einer innovationsorientierten Wirtschaftsförderung für die Nordwest-Region nicht zu einer Verzettelung von Mitteln und Kräften kommt. Das ich bei einer notwendigen Konzentration der Kräfte dem Hochschulausbau zu einer Volluniversität hohe Priorität einräume, mag hochschulegoistisch klingen. Ich bin aber davon überzeugt, daß eine solche Priorität auch im Interesse der Region liegt.

PETER WASKÖNIG

PRÄSIDENT DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Wirtschaft und Hochschulen im Nordwesten

Sehr geehrte Damen, verehrte Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit, aus der Sicht der Wirtschaft die Rolle der Hochschule in ihrer regionalen und strukturellen Bedeutung zu betrachten und beide, Wirtschaft und Hochschule, in ihrer Beziehung zueinander zu beleuchten.

Ich möchte zunächst in kurzen Strichen die Wirtschaft unserer Region beschreiben und dann versuchen, aus einigen wichtigen Eckdaten des Istzustandes Perspektiven der weiteren Entwicklung abzuleiten; dabei werde ich die Faktoren "Qualifizierung" und "Wissenschaftstransfer" insbesondere herausstellen.

Die Wirtschaft des Nordwest-Raumes ist mittelständisch geprägt, durchaus flexibel, vielleicht ein wenig konservativer als anderswo, aber keineswegs innovationsscheu oder außenhandelsängstlich. Ich gebe zu, daß wir uns schon eine etwas höhere Exportquote vorstellen könnten und gelegentlich auch ein noch größeres Interesse an modernen Techniken, z. B. an Datenbankanforderungen.

Unsere Wirtschaft ist organisiert, ist organisch gewachsen; vielfach wurzelt sie noch in traditionellen Branchen wie Torf und Ton und ist, wie kaum woanders, eng mit der Landwirtschaft verflochten. Die Wirtschaftsleistung des primären Sektors ist, gemessen an der Gesamtleistung, dreimal höher als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil des produzierenden Gewerbes liegt nicht unerheblich unter dem Bundesdurchschnitt; nur bei den Dienstleistungen gibt es keine Abweichungen. Diese Unterschiede der Wirtschaftsstruktur im Vergleich zum Bundesdurchschnitt machen allein keineswegs die negativen Attribute der Strukturschwäche des Raumes aus, wengleich sie zweifelsohne darauf einen Einfluß haben. Entscheidend sind a) die periphere Lage unserer Region mit der Folge weiterer Entfernungen zu den großen Wirtschafts- und Verbrauchszentren, b) die von dem bundesdurchschnittlichen Entwicklungsstand deutlich abweichende demographische Situation mit einem wesentlich höheren Anteil erwerbsfähiger Personen und c) die bis vor kurzem noch völlig unzureichende Ausstattung auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur und der akademischen Ausbildung. Es würde hier zu weit führen, alle Faktoren an dieser Stelle zu analysieren. Hervorzuheben ist, daß die Verkehrsinfrastruktur und die Verbesserung des akademischen Bildungsangebotes sich hier im Raum beinahe parallel im Verlauf der vergangenen 15 Jahre entwickelten - die Autobahnen ein wenig schneller als die Fachbereiche der Universität. Beide, das können wir heute mit Sicherheit feststellen, kamen zwar um 15 Jahre zu spät. Die Region würde heute mit hoher Wahrscheinlichkeit ganz anders aussehen, und ich meine, strukturell stärker und gefestigter, wären 1968 nicht nur die Hansalinie, sondern auch alle anderen Verbindungen fertig gewesen, so sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß wir

auch eine sinnvolle Ausgestaltung der Volluniversität haben, die wir uns bereits vor 15 Jahren vorgestellt hätten. Ich will damit nicht Versäumnisse allgemeiner Art beklagen, sondern andeuten, wie wichtig und entwicklungsbestimmend Verkehrsinfrastruktur einerseits und Bildungsstruktur andererseits in einer und für eine Region sich darstellt. Die Autobahnen scheinen richtig angelegt zu sein; ihre positive standortfördernde Wirkung ist deutlich zu spüren. Diesen Komplex kann ich zumindest für diesen Augenblick mit dem Wunsch nach schneller Veränderung verschiedener Teilstücke abhaken.

Bei der Universität als Strukturfaktor muß ich ein wenig länger verweilen. Ehe ich aber auf sie zu sprechen komme, möchte ich Ihnen noch in groben Zügen sagen, wie wir uns die weitere wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region vorstellen.

Angeklungen ist bereits, welche Bedeutung die demographische Komponente hat. Sie zwingt dazu, mehr Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen als durchschnittlich im Bundesgebiet, weil wir, wie gesagt, einen höheren Anteil an erwerbsfähigen Personen in der Gesamtbevölkerung haben. Unser Hauptaugenmerk werden wir auf die Qualifizierung zu richten haben, wie wir es heute bereits praktizieren. Die verkehrsinfrastrukturellen Standortvoraussetzungen sind im großen und ganzen, das darf man sagen, in Ordnung, wenn man davon absieht, daß es in einigen Bereichen, wie etwa bei der Anbindung der Wesermarsch, zu ganz erheblichen Verbesserungen kommen sollte. Was unserer Wirtschaft besonders im produzierenden Gewerbe fehlt, das sind Wachstumsbranchen auf der Grundlage moderner Technologien. Wir könnten versuchen, sie zu importieren, allerdings mit der

Gefahr, sie wieder zu verlieren, denn die konjunkturellen Gründe würden sicherlich den Kapazitätsabbau wieder erzwingen, wie wir es bereits in den 70er Jahren mit den verlängerten Werkbänken schmerzlich erleben mußten. Wir können auch versuchen, die Branchen auf der Grundlage der heimischen Industrie zu entwickeln. Dieser Weg scheint mir der bessere und sicherere für eine strukturelle Festigung unserer Region zu sein als die hastige Ansiedlung meist nicht bodenständiger oder ich sage das einmal so ganz einfach - "verwurzelungsscheuer" Unternehmen. Gänzlich ausschließen möchte ich Ansiedlungen natürlich nicht; ich selbst gehöre zu denjenigen, die hier Wurzeln geschlagen haben. Nach meiner Vorstellung und Einschätzung ist aber eine Entwicklung aus dem Potential der Region heraus ohne wissenschaftliche Hilfe und Begleitung kaum möglich. In bescheidenem Maße versuchen wir, von uns aus über unsere Innovationsberatung einen Beitrag, im wesentlichen über die Aufschließung und Beratung, zu leisten. Aber das reicht bei weitem nicht aus. Erforderlich ist der Zugriff auf das volle Spektrum wissenschaftlicher Lehre und Forschung. Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich der Katalog der Wünsche an die Universität bzw. an die Landesregierung, soweit sie für diesen wissenschaftlichen Teil der Einrichtungen und Ausstattungen mitverantwortlich sein kann. Die Universität Oldenburg versteht sich als eine Regionaluniversität. Sie gibt der Region eine Hochschulbildungsstruktur, bietet der Jugend der Region eine akademische Ausbildung, arbeitet wissenschaftlich die Probleme dieser Region auf, und spätestens an diesem Punkt kommt es zu Berührungen und Kooperationen mit der Wirtschaft. Was auf diesem Gebiet in den letzten Jahren über Projekte, Forschungsaufträge, Beratungen und allgemeinen Wissenstransfer geleistet wurde, kann sich sehen lassen. Wer

im Forschungsbericht der Universität blättert, der wird zahlreiche regionale Forschungsansätze wirtschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Art entdecken, und das sollte auch weiter gepflegt werden.

Ich frage aber, ob es auf längere Zeit ausreicht, sich im wesentlichen auf die Region zu konzentrieren, sozusagen nur nach innen zu schauen. Braucht nicht die Forschung den internationalen Maßstab und den Blick über das Wattenmeer, über die Torfkultur und über landwirtschaftliche Probleme hinaus? Vereinzelt gibt es auch hier dafür ansehnliche Beispiele, jedoch wurden bisher noch keine Ansätze gefunden, die eine höhere Anerkennung eingebracht haben.

Was ich vorhin zu Qualifizierung als Notwendigkeit zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit sagte, gilt im besonderen für die wissenschaftliche Ausbildung der Absolventen der Universität. Eine erstklassige Lehre - man mag das Wort gern im doppelten Sinn verstehen - ist die Grundlage der Hochschule. Gleichrangig dazu wünschen wir uns eine qualifizierte Forschung, die sich sowohl der regionalen als auch der überregionalen Probleme annimmt. Alles wird von der Universität nicht zu leisten sein; ihre Leistung hängt in hohem Maße auch von der personellen und sachlichen Ausstattung und vor allen Dingen von der Breite des Fächerspektrums ab.

Auf lange Sicht wird sich nur eine Hochschule halten können, die als Volluniversität mit allen Fachbereichen ausgestattet ist. Eine vernünftige wissenschaftliche Ausbildung und Versorgung ist nur bei einer kompletten Angebotslage möglich. Ein ewiger Wissenschaftstorso wird kaum imstande sein, die Wissenschaftsarmut der Region zu beseitigen, geschweige denn ein Wissenschaftsumfeld mit den entsprechenden Insti-

tuten und der dazugehörigen Atmosphäre aufzubauen. Selbstkritisch muß ich an dieser Stelle allerdings auch sagen, daß die beste wissenschaftliche Leistung und Ausbildung regionalpolitisch wirkungslos bleiben, wenn sie von der Wirtschaft nicht aufgenommen werden, wie auch umgekehrt das Interesse der Wirtschaft an der Hochschule erlahmt oder gar nicht erst aufkommt, wenn ihre wissenschaftlichen Nachfragen unbeantwortet bleiben oder der Eindruck vorhanden ist, daß Berührungen nicht erwünscht sind.

Wirtschaft und Wissenschaft können erfolgreich strukturpolitisch wirken, wenn sie gemeinsam handeln, sich gegenseitig achten und vertrauen. Ohne Wissenschaft wäre die Wirtschaft nicht dort, wo sie heute steht; und das gilt in gewisser Weise auch umgekehrt. Für unsere Region ist Wissenschaft in Gestalt der Universität Oldenburg relativ neu aber auch anders als ursprünglich gedacht, wie auch die eine oder andere Fachrichtung in der Universität anders dachte, wie Wirtschaft auszusehen hat. Die Zeit der Abneigung ist vorbei. Die Universität hat ihren Stil in der Gänze wiedergefunden. Sie ist aus der Isolation heraus in die Kooperation eingetreten. Und die Wirtschaft hat ihre Vorurteile weitestgehend überwunden.

Wir hoffen sehr, daß die Universitätsleitung diesen Grad der Verständigung richtig einschätzt und ihn im Sinne einer Vertiefung weiterfördert. Nichts wäre verhängnisvoller als der Rückfall in eine Reformgeist politischer Position der Gründerjahre und die selbstgewollte Isolation durch Beharrung auf eigener hochschul- und forschungspolitischer Vorstellung. Uns ermutigen heute der Universität, der Forschungswille und die Forschungsleistung, wie wir sie hier zum Ausdruck bekommen haben. Mit der Universität werden wir von der Wirtschaft aus gerne zusammengehen, die Verständigung

weiter vertiefen und den Hochschulgedanken für die Wirtschaft voll nutzen.

politischer Position der Gründerjahre und die selbstgewollte Isolation durch Beharrung auf eigener hochschul- und forschungspolitischer Vorstellung. Uns ermutigen heute der Universität, der Forschungswille und die Forschungsleistung, wie wir sie hier zum Ausdruck bekommen haben. Mit der Universität werden wir von der Wirtschaft aus gerne zusammengehen, die Verständigung weiter vertiefen und den Hochschulgedanken für die Wirtschaft voll nutzen.

WALTER HIRCHE

MINISTER FÜR WIRTSCHAFT

Ziele der niedersächsischen Landesregierung zur Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Ausstellung "Forschung im Nordwesten" ist sicher ein aktiver Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Die Reden eben haben das gezeigt. Durch die Veranstaltung sollen Entwicklungsaspekte für die Nordwest-Region unseres Landes Niedersachsen aufgezeigt werden, und sie soll für Wissenschaft, Wirtschaft und auch interessierte Bürger ein Forum zur Diskussion regionaler Entwicklungsperspektiven bieten. Forschung und Entwicklung sind für ein Industrieland von existentieller Bedeutung. Die internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, daß Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung im Wettbewerb Schritt halten und technologische Erkenntnisse schnell und wirksam in neue Produkte und Verfahren umgesetzt werden. Wir wissen heute, daß auch ein Flächenland wie Niedersachsen mit strukturschwächeren Gebieten -

wozu die Nordwest-Region unzweifelhaft gehört und mit den vom Strukturwandel besonders hart betroffenen Branchen wie etwa Stahl und Schiffbau genügend Chancen hat, zukunftsweisende strukturelle Entwicklungsprozesse mit einer mittelstandsorientierten Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Die Technologiepolitik des Landes zielt auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Schaffung einer guten Wissens- und Kommunikations-Infrastruktur. Fragen der Qualifikation von Personen gehören unlösbar in diesen Zusammenhang. Ein allgemein gültiges Konzept für die Organisation von Wissenschaftstransfer gibt es sicher nicht. Dafür sind die regionalen und auch universitären Voraussetzungen viel zu heterogen. Ich glaube jedoch, daß sich im Rahmen des Technologieprogramms Niedersachsen, das in seiner heutigen Ausgestaltung eine Vielzahl von Einzelaktivitäten beinhaltet, adäquate Maßnahmenbündel für die jeweils unterschiedlichen Regionen zusammenstellen lassen. Ich will nun nicht Einzelmaßnahmen aufzählen und beschreiben, sondern versuchen, Ziele und Hintergründe der aktuellen niedersächsischen Technologiepolitik zu skizzieren. Die schnelle Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die industrielle und gewerbliche Praxis was man heute auch Technologietransfer nennt ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des hohen technologischen Standards unserer Wissenschaft. Damit, meine Damen und Herren, zu diesem Stichwort "Technologietransfer". Mir ist sehr wohl bewußt, daß dieser Begriff in letzter Zeit zu einem Modewort zu werden droht und daß man ihm so etwas wie Zauber- kraft beimißt. In der Wirtschaftspolitik im allgemeinen

und auch in der Technologiepolitik im besonderen lassen sich weder durch Zauberei noch durch Gesundheitsbetriebe Erfolge erzielen. Technologietransfer ist für mich das Mittel, um über Austausch von Wissen und Austausch von Personen, auch Austausch von Fragestellungen, ein enges Zusammenwirken von Wirtschaft und Wissenschaft herbeizuführen. Wirtschaft und Wissenschaft sind auf diese Weise zukunftsorientiert miteinander zu verzahnen. Ich denke und darf das wiederholen, daß die internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich davon abhängt, wie es uns gelingt, die Ressourcen in diesem Lande, die z. T. nebeneinander vorhanden sind und nichts voneinander wissen, miteinander in Kontakt zu bringen und zu verzahnen.

In der Vergangenheit sind bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers eingeleitet worden. Ich nenne als Beispiele, auch wenn Ihnen das zum großen Teil bekannt ist,

- die Schaffung der flächendeckenden Innovationsberatung,
- die Arbeit des Erfinderzentrums Norddeutschland,
- die Gründung von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten,
- die Einrichtung von Technologie-Trainings-Zentren zur Förderung der Aus- und Weiterbildung, auch hier in Oldenburg
- die Einrichtung von Forschungskontaktstellen und die Benennung von Technologiebeauftragten bei den niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen und
- das Förderprogramm "Innovationsassistent", womit die Einstellung junger Hochschul- und Fach-

hochschulabsolventen bei mittelständischen Betrieben angeregt wird.

Diese Maßnahmen zur Förderung des Technologie-transfers, die die Infrastruktur für das Wirksamwerden der Marktkräfte schaffen sollen, sind wichtig, aber insgesamt noch nicht ausreichend. An den Fachhochschulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes Niedersachsen ist ein hohes technologisches Know-how vorhanden. Dieses ist zu einem wesentlichen Teil in der Grundlagenforschung, aber auch anwendungsbezogen, und es ist wirtschaftlich nutzbar. Es handelt sich um ein Kapital, das auch in die Praxis gebracht werden muß, nicht zuletzt deshalb, weil seine Entstehung, das möchte ich in aller Deutlichkeit unterstreichen, in der Regel eben aus Steuermitteln finanziert worden ist. Wenn es der Staat, wie in der Bundesrepublik Deutschland üblich, übernimmt, auf Kosten der Allgemeinheit technisches Wissen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sich entwickeln zu lassen, so darf er, so muß er sich auch darum kümmern, ob dieses Wissen sich umsetzt. Grundlagenforschung ist ganz sicher, Herr Präsident Zillesen, auch in Zukunft unverzichtbar. Aber erst seine Anwendung schafft den Raum für den Einsatz weiterer Ressourcen zur Fortsetzung und Intensivierung von Forschung. Gelder sind nicht beliebig vorhanden und es nützt uns nichts - das war die Diskussion der letzten 15 Jahre -, wenn der elitäre Elfenbeinturm durch einen Elfenbeinturm etwa neomarxistischer Provenienz ersetzt wird.

Es geht jetzt darum, in der Technologiepolitik der neuen Landesregierung diesen Austausch zu organisieren, intensiver als in der Vergangenheit und

dabei auch Erfahrungen aufzunehmen, die wir in anderen Bundesländern längst haben. Ich darf nur zwei Beispiele nennen: Berlin und Baden-Württemberg. Hier gibt es sowohl was die Universitäts- als auch was die Fachhochschulebene betrifft, intensive Formen des Austausches, und ich denke, daß diese Länder daraus erheblichen wirtschaftspolitischen Nutzen auch für ihre Arbeitsplätze bezogen haben. Wenn die Technologiepolitik in Niedersachsen jetzt stärker als das in der Vergangenheit der Fall war, im Wirtschaftsministerium des Landes konzentriert wird, dann soll daraus deutlich werden, daß natürlich der Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und mit den Wirtschaftspotentialen der verschiedenen Regionen intensiver ins Auge gefaßt werden soll. Wenn in Zukunft der Technologiebeauftragte der Landesregierung, als Institution, durch eine Technologiepolitik der Landesregierung selbst abgelöst werden soll, so bedeutet das nicht, daß man etwa auf die Mitarbeit der Wissenschaft verzichten will, sondern es geht darum, diese Mitarbeit anders zu organisieren. Ich halte es für nötig, ähnlich wie es in den 70er Jahren eine Forschungsstrukturkommission in Niedersachsen zur Entwicklung der Forschungslandschaft gegeben hat, eine Technologiestruktur-Kommission ins Leben zu rufen, um im Lande Niedersachsen aufzuzeigen, über das hinaus, was Politiker zu wissen glauben, wie Entwicklungsrichtungen laufen können. Ich bin mir in dieser Einschätzung der notwendigen Arbeit mit den bisherigen Technologiebeauftragten auch einig. Es muß dabei darum gehen, Hochschulen und Wirtschaft einzubinden, um ein Gegeneinander zu vermeiden. Ich denke, man muß sich vielleicht auch vergegenwärtigen, daß die ursprüngliche Zielsetzung etwa Tech-

nischer Hochschulen im letzten Jahrhundert dahin ging, mit Hilfe von Forschung auch eine technisch wirtschaftliche Unterstützung der Gesellschaft zu erreichen. Über einer solchen Aufgabe muß und darf die Freiheit der Wissenschaft nicht beeinträchtigt werden. Sie bleibt selbstverständlich Grundvoraussetzung für den langfristigen wissenschaftlichen Erfolg und auch die Reputation einer wissenschaftlichen Einrichtung. Wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen bedürfen der Grundlagenforschung als Voraussetzung, auch losgelöst von Fragen der wirtschaftlichen Anwendbarkeit, und Ingenieurwissenschaften und technische Disziplinen bedürfen selbstverständlich der Geisteswissenschaft, um die Fragen nicht nur von Technikfolgen, sondern auch allgemeine gesellschaftliche Prozesse ausreichend aufnehmen und verarbeiten zu können. Daß die niedersächsischen Forschungseinrichtungen, in unserem Fall die Universität Oldenburg, den Teil ihrer Aufgabenstellung, nämlich der Hilfestellungen bei Fragen der Gesellschaft, ganz allgemein Rechnung tragen wollen und sich zunehmend öffnen, zeigt diese Ausstellung, wobei ich hinzufügen möchte, daß ich meinem Vorredner, Herrn Präsidenten Waskönig, sehr gern beipflichte, daß es um zweierlei gehen muß. Es muß um die Einbindung der Universität wie der Fachhochschule in die Region durch Aufnehmen von Fragestellungen gehen, aber Hauptaufgabe einer Universität muß bleiben, durch den Rang ihrer Forschung im internationalen Forschungswettbewerb zu bestehen, und dieses ist eine Herausforderung für die Entwicklung der Universität Oldenburg. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, meine Damen und Herren, daß bei der endgültigen Fassung des Hochschulgesamtplanes des Landes Niedersachsen nicht der

strukturpolitische Aspekt als Hauptaufgabe der Universitäten genannt wird, sondern der Aspekt der überregionalen Qualität von Forschung, weil ich glaube, daß erst dann der strukturpolitische Aspekt in seinem tieferen Sinne erfüllt werden kann. Es nützt einer Region nur vordergründig, wenn Fragestellungen einzig und allein aus der Region bearbeitet werden. Langfristig ist für die Region entscheidend, ob ihr Selbstbewußtsein durch die Anerkennung ihrer Institution über die Region hinaus gesichert werden kann. Der Einsatz moderner Technologie eröffnet neue und regional erweiterte Märkte. Das ist gerade für die mittelständische Wirtschaft von großem Interesse, weil und soweit diese sich auf Spezialmärkte und Marktnischen konzentriert. Gerade die mittelständische Wirtschaft orientiert sich besonders kundennah. Das bedeutet in vielen Fällen auch, daß sie ihr Angebot spezialisieren muß, das aber kann sie wiederum am Besten, indem sie technologische Qualitätsprodukte anbietet.

Daraus, meine Damen und Herren, läßt sich als weitere Schlußfolgerung ziehen, daß Technologietransfer in hohem Maße geeignet ist, den Qualitätsstandard des Angebots von Gütern, Diensten und Verfahren zu heben. Wir wissen, daß besonders dort ein intensiver Technologietransfer zu verzeichnen ist, wo der Marktpreis des fertigen Produktes relativ unbedeutend ist im Vergleich zur besonderen Qualität des Produktes. Beispielhaft hierfür ist etwa das Produktspektrum der pharmazeutischen Industrie. Technologietransfer, also Austausch von Wissen und Personen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, kann auch wesentlich zur Gründung neuer Unternehmen beitragen. Anders ausgedrückt: Die Übertragung technischen Wissens in die

Praxis funktioniert nicht dort zu allererst gut, wo Papiere hin und her geschickt werden, sondern dort, wo sich zum Beispiel ein Absolvent einer ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Ausbildung zur Gründung eines Unternehmens entschließt oder wo die Professoren der Hochschule in die Praxis hineingehen, um von dort Fragestellungen für ihre Forschung mitzunehmen. Allerdings muß man hier die Einschränkung machen, daß der wirtschaftliche Erfolg natürlich nicht gewährleistet ist, nur weil sich ein Universitätsabsolvent in dieser Disziplin selbständig macht. Vielmehr stellen wir sehr oft fest, daß neben den technischen und naturwissenschaftlichen Voraussetzungen und Qualifikationen auch die entsprechenden kaufmännischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, die wegen ihres Fehlens in vielen Fällen dazu führen, daß auch Scheitern vorprogrammiert sein kann. Und deshalb, meine Damen und Herren, unterstützt nicht nur das Land Niedersachsen sondern es unterstützen sicher auch die Kammern - das darf ich aus dem Beitrag von Herrn Waskönig noch eben einmal unterstreichen - die Beratung junger Unternehmensgründer beim Start in den Beruf. In Fachkreisen schätzt man, daß etwa die Hälfte der anwendbaren Technologievorschläge, die in einem Unternehmen selbst entwickelt werden, dort nicht durchgesetzt werden, weil das betriebswirtschaftliche Management, und das ist die andere Seite der Medaille, Inhalt und wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorschläge nicht richtig einschätzt. Diese Defizite, vor allem in mittelständischen Unternehmen, die ja eine weniger weit gespannte Personalstruktur haben als Großunternehmen, auszugleichen, ist z. B. eine wichtige Aufgabe der freiberuflichen Beratung, der Innovationsberatung, und auch eine Aufgabe der Ko-

operation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen. Im Rahmen dieses kurzen Beitrages heute abend zum Thema Technologietransfer darf die an der Universität Oldenburg im Juli 1984 ins Leben gerufene "Arbeitsstelle zur Förderung des Dialoges zwischen Wissenschaft und Region", kurz DIALOG genannt, nicht unerwähnt bleiben. Diese Einrichtung entspricht zwar nicht dem Muster der übrigen Forschungskontaktstellen an den niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen. Aber darauf kommt es meines Erachtens auch nicht an, denn wie ich eingangs sagte, muß die Situation im jeweiligen Raum spezifisch gelöst werden. Es gibt kein allgemein gültiges Konzept für die Organisation von Wissenschaftstransfer. Entscheidend ist letzten Endes, daß eine Einrichtung den regionalen Gegebenheiten entspricht und mit den Personen in der Region, nicht nur mit den Institutionen erfolgreich kooperiert. Durch die Zielsetzung, die transferierbaren Leistungen der 4 nordwest-niedersächsischen Hochschulen - neben der Universität Oldenburg ja auch der Fachhochschule Oldenburg, der Fachhochschule Wilhelmshaven und der Fachhochschule Ostfriesland - zusammenzufassen und im Verbund anzubieten, wird meines Erachtens ein guter Beitrag für die strukturpolitische Entwicklung der gesamten Region geleistet. Der Modellversuch ist, wie Sie wissen, für weitere 3 Jahre verlängert worden, und ich wünsche allen Beteiligten viel Erfolg und Freude bei der Lösung der sicher nicht einfachen Aufgaben.

Lassen Sie mich noch einige weitere Aspekte zur Technologiepolitik nennen. Aus- und Weiterbildung, Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung sowie Beratung und Technologietransfer sind Bestandteile

des niedersächsischen Technologieprogramms. Es konzentriert sich auf den Ausbau des Forschungspotentials in zukunftssträchtigen Bereichen. Besondere Schwerpunkte sollen dabei in den Sektoren jener Technologien liegen, in denen Niedersachsen heute schon Stärken ausweist, wie z. B. in der Kommunikationstechnologie, der Biotechnologie, der Werkstoff- und Verfahrenstechnik, der Lasertechnik, aber auch der Umwelt- und Meerestechnik. Ich habe gerade über den letzteren Punkt heute intensiv mit dem Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Herrn Haunschild, gesprochen, weil ich der Meinung bin, daß für das Land Niedersachsen in diesem Bereich Umwelt- und Meerestechnik Zukunftschancen liegen und wir als Land unsere Ansprüche in Bonn anmelden müssen, um an den Forschungsprogrammen und Fördermitteln des Bundes ausreichend beteiligt zu werden und nicht noch einmal hinter andere Bundesländer im Süden weiter zurückzufallen. Wir wollen diesmal ja nicht wieder verspätet auftauchen. Ich sehe es als eine grundlegende Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik an, die bisher nicht voll genutzten Potentiale zu aktivieren. Lassen Sie mich das am Beispiel Meerestechnik noch einmal verdeutlichen. Es kann bei der Entwicklung dieses Bereichs nicht einen zentralen Punkt in Niedersachsen oder Norddeutschland geben, sondern es muß ein Konzept geben, das einen Verbund verschiedenster Einrichtungen vorsieht, etwa zwischen der Bundesanstalt für Geowissenschaften einerseits, Technischen Universitäten andererseits, der Universität Oldenburg im Bereich der Umweltfolgenforschung etwa und der betreffenden Industrie, und dann auch eine Nutzung von Küstenstandorten bei der Entwicklung von industriellen Produkten. Die Entwicklung nicht

voll genutzter Potentiale kann nur durch eine starke Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erreicht werden. Der Staat kann und darf dazu nur die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen und erhalten. Der Appell zur Überwindung des technischen und strukturellen Anpassungsstaus unserer Wirtschaft darf sich nicht ausschließlich an den Staat richten. Die Unternehmen und die Tarifvertragsparteien, sowie die Wissenschaft selbst sind ebenfalls dazu aufgerufen, in ihrem Zuständigkeitsbereich zur Lösung der anstehenden Aufgaben beizutragen. Ich denke, daß gerade die mittelständischen Unternehmen, die für diese Region so typisch sind in der Wirtschaftsstruktur, in ihrer Investitionspolitik die technologische Herausforderung annehmen müssen. Und das bedeutet, daß innovierende Investitionen künftig stärker Platz greifen müssen und die Ersatzinvestitionen vom ersten Platz als Investitionsmotiv verdrängen müssen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch kurz auf die notwendige Verbesserung der Risikokapitalfinanzierung hinweisen. Wir haben speziell in Niedersachsen auf diesem Feld noch mancherlei Hindernisse zu überwinden, sicher nicht nur bei Gesetzgeber und Verwaltung, sondern auch von seiten der Wirtschaft und der Finanzinstitute. Ich freue mich, daß ich dies hier in einer Bank sagen kann, weil sich die Finanzinstitute auch in Abwägung der Risiken sicher nicht selbst den Blick verstellen dürfen für die mit der Bereitstellung von Risikokapital oft verbundenen wirtschaftlichen Chancen. Die neuen Technologien dürfen nicht, wie z. Z. leider noch in Teilen der Gesellschaft gesehen, als Problem für den Arbeitsmarkt diskutiert werden, sondern sie müssen vielmehr als Chance begriffen werden, als Chance zur Überwindung von

Arbeitsmarktproblemen. Wenn wir nicht alle zu den neuen Technologien und deren Anwendung stehen, programmieren wir als exportorientiertes und exportabhängiges Land schon eine Abstiegsmentalität für die Bundesrepublik Deutschland. Dies wäre sicher der falsche Weg. Ganz abgesehen davon fragen sich immer mehr junge Menschen, ob wir eigentlich schon heute ausreichend die immensen Aktivitätsmöglichkeiten, die neue Technologien eröffnen, nutzen. Die Jugend hat, so denke ich, im Unterschied zu der Generation die vor 10 Jahren in diesem Alter war, neue Techniken und neue Technologien längst akzeptiert, ohne sich um die Welt der Untergangspropheten diverser Couleur zu scheren. Und das macht uns allen Mut. Die Niedersächsische Landesregierung will durch verlässliche Rahmendaten und durch eine aktive Wirtschaftspolitik auf die notwendigen Anpassungen im Wirtschaftsgefüge hinwirken. Dazu muß die Technologiepolitik an den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet sein, d. h. die Stärken der niedersächsischen Wirtschaft müssen genutzt werden. Es sind dort Hilfestellungen zu geben, wo noch Schwächen vorhanden sind. Ich denke, daß die Landesregierung, in diesem Fall mein Haus, in der Lage sein wird, zum Ende dieses Jahres im einzelnen vorzulegen, wie die Ausfüllung der Linien, die ich eben genannt habe, zu geschehen hat - über das hinaus, was wir bis jetzt getan haben.

Die niedersächsische Landesregierung will zur Nutzung der Ressourcen in unserem Land den Technologietransfer intensivieren und beschleunigen. Aber ich denke, auch Veranstaltungen wie diese Ausstellung, sind ein Beitrag zur Förderung des notwendigen Verständnisses zwischen bisher oft isoliert arbeitenden

Bereichen wie Universität und Wirtschaft, und es bedarf vieler solcher Gespräche, vieler solcher Aktivitäten und eines weiteren Aufeinanderzugehens. Ich wünsche allen Beteiligten, der Universität und der Wirtschaft in diesem Raume dabei Erfolg. Erfolg wird nur der haben, der darauf verweist, daß er aktiv ist, um seine Lage zu verbessern. Klagen wirft uns nur zurück. In diesem Sinne finde ich als eine hervorragende Ermutigung, was Sie als Organisatoren heute, die Bank als Einlader, aber auch die Universität als Aussteller, vorführen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg auf dem weiteren Weg, mit solchen Beiträgen zur Stärkung der Region beizutragen. Die Landesregierung wird die Herausforderung, die in den Aktivitätsschritten, die hier begonnen werden, annehmen müssen, selbst wenn sie es nicht wollte. Aber sie will es. Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen deutlich zu machen, daß die Landesregierung aus der Kenntnis der Situation entschlossen ist, angesichts der schmalen Ressourcen, die dieses Land Niedersachsen hat, besser mit dem Pfunde zu wuchern. Auf Taten kommt es dabei an und nicht auf Versprechungen.

Hauptfach Politische Wissenschaft an der Universität
Köln; Diplom-Examen im Jahre 1967, Promotion zum
Dr. phil. 1970.
1970 bis 1980 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Be-
rufs der Evangelischen Kirchen im Rheinland

Die Autoren

DR FORCH, HUBERT (1939)

Vorstandssprecher der Oldenburgischen Landesbank AG in Oldenburg.
Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Bonn und Mainz; juristisches Staatsexamen und Promotion zum Dr. jur.
1965 Beginn einer Trainee-Ausbildung bei einer Großbank; bis 1981 Leitung verschiedener Filialen, zuletzt in Frankfurt; seit 1981 Vorstandsmitglied der OLB.

DR. ZILLENBEN, HORST (1938)

Präsident der Universität Oldenburg (1980-1986). Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit Hauptfach Politische Wissenschaft an der Universität Köln; Diplom-Examen im Jahre 1962, Promotion zum Dr. phil. 1970.
1970 bis 1980 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen im Rheinland.

DR- KÜPPER, WILLI (1942)

Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg.
Lehre als Industriekaufmann, Studium der Technischen Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe; 1972 Promotion zum Dr. rer. pol.; 1976 Habilitation im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg; Spezialgebiete: Organisation, Planung, Informations- und Kommunikationssysteme, öffentliche Verwaltungen.

WASKÖNIG, PETER (1932)

Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer.

Inhaber der Firma Waskönig + Walter Kabel-Werk GmbH und Co KG, Saterland/Ramsloh.

1950 Handelsabitur und Praktikum in einer Maschinenfabrik;
ab 1954 Mitarbeit im väterlichen Betrieb und Besuch der Ingenieurschule; 1956 Examen als Maschinenbauingenieur;
1958 Übernahme der Geschäftsführung und Leitung des 1837 gegründeten Unternehmens; seit 1962 Mitinhaber.

HIRCHE, WALTER (1941)

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaften und Französisch an den Universitäten Heidelberg und Grenoble;
1969 Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien.

1969 bis 1973 Leitung und Aufbau des Landesbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Niedersachsen 1978 bis 1982
Wirtschaftsarchivar; 1982 bis 1986 Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der F.D.P. Fraktion; seit 1984 Mitglied des Bundespräsidiums de F.D.P.